

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Dörflich und Umgegend.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich beim Abholen von der
Geschäftsstelle Mk., frei ins Haus
1, 2 Mk.
Einzeln Nummer 10 Pfg.
Erscheint Dienstags, Donnerstags und
Sonntags Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:
Die einpaltige Zeile oder deren Raum
1 Pfg., Lokalpreis 5 Pfg.
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.
Anzeigen-Annahme
bis spätestens Mittags Uhr des
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Dörflich.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Dörflich.

Nummer 18

Mittwoch, den 13. Februar 1919.

18. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Kartoffel-Ablieferung.

Nach einer Verfügung der Reichskartoffelstelle und der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt wird die Kartoffelration ab 2. Februar 1919

- a) der Selbstverföhrer von täglich 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund
- b) der versorgungsberechtigten Bevölkerung von wöchentlich 7 Pfund auf 5 Pfund herabgesetzt.

Die bei den Kartoffelzeugern sich hiernach ergebenden Ueberschussmengen von 96 Pfund auf den Kopf soll hiermit als beschlagnahmt. Besondere Anlagoverfügungen der Amtshauptmannschaft folgen nach.

Die auf die Landeskartoffelkarten Abschnitt B bezogenen Zentnerkartoffeln haben bis 31. Mai 1919 zu reichen.

Kartoffelverbraucher haben, soweit sie sich auf den C-Abschnitt eingedeckt haben, in- folge Herabsetzung der Wochenration 50 Pfund an die Gemeinde abzuliefern, der Rest hat bis 19. Juli zu reichen. Die abzuliefernden 50 Pfund gelten hiermit als beschlagnahmt. Wegen der Ablieferung der Kartoffeln ergeht weitere Anordnung.

Ottendorf-Mortsdorf, am 11. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Ab- rufung von U. Benoni an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Be- handlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutschseits der Unter- staatssekretär v. Braun vom Reichsernährungs- amt leitete, haben ausserdem Vertreter aller beteiligten Reichsteile, Vertrauensmänner des Handels und der Ärzte teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Verein- barungen anschliesst, ist folgender: Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorkor- rektur, das sofort rund dreissigtausend Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Ostsee nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutschseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. Im unmittelbaren Anschluss an diese Liefer- ungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 85 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanz- frage bei der am 12. Februar beginnende Finanzkommission gefunden wird. Die Ver- treter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, dass eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August ausschliesslich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais und andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betriebs- ver Abgabe der Handelsflotte aufzulegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, dass selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmässigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferung nicht besteht.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Dörflich, 12. Februar 1919.

Bei der am Sonntag in Großdörflich stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden als Mitglieder gewählt die Herren Dr. Schöpl, G. Runge, M. Wirth, R. Tamme, R. Weyer,

B. Hähne. In der Gemeinde Kleinörflich wurden die Herren G. Beck, E. Lehmann, Götze, Joch und Rißbach gewählt.

Nachdem auf Veranlassung des Reichs- ernährungsamtes die wöchentliche Kartoffel- menge für Verbraucher allgemein von 7 auf 5 Pfund, und die tägliche Kartoffelmenge für Kartoffelselfverföhrer von 1 1/2 auf 1 Pfund herabgesetzt ist, würden gemäß einer Verfügung der sächsischen Landes- kartoffelstelle die Kartoffelverföhrer eben- falls ihren Verbrauch zu beschränken haben. Soweit also ein Verbraucher auf den Ab- schnitt C der Landeskartoffelkarte mit mehr als 50 Pfund eingedeckt ist, ist der über- schüssige Teil, bei voller Eindeckung also 50 Pfund Kartoffeln, abzugeben. Diese bedrohliche Verfassung stellen unzweifelhaft eine große Härte dar. Und wenn sie mit der angekündigten Schärfe durchgeführt werden sollen, sind ausserdem Ungerechtigkeiten unvermeidbar. Das von den Behörden er- wartete Ergebnis dieser Sammelstätigkeit scheint uns zudem aus guten Gründen doch sehr fragwürdiger Art zu sein. Zunächst die Ungerechtigkeit: Den Verbrauchern, die ihre Kartoffeln über das festgesetzte Mindest- quantum hinaus verzehrt haben und deren Gesamtmenge sonach schon beträchtlich zu- sammengeschmolzen ist, wird man nichts ab- nehmen können, weil sie nichts abgeben können. Was hat das zur Folge? Das nur die sparlichen Haushaltungen, die sich bisher gewissenhaft an die 7 Pfund pro Kopf und Woche hielten, von der Abgabepflicht be- freit werden. Wir erleben hier wieder einmal, wie schon so oft im Verlaufe unserer Kriegswirtschaft, ein praktisches Beispiel der „Strafe auf die Spararmut“. Und wie stellt sich die Behörde in der Praxis die Ablieferung der 50 Pfund vor? Die Be- höde ist doch nicht so naiv, anzunehmen, dass die Verbraucher ausgerechnet ihre beien hergeben werden! Wir jedenfalls glauben nicht daran! Jeder Verbraucher wird, wenn er nun schon abliefern muss, dann jedenfalls in seinem eigenen Interesse die guten für sich behalten und die schlechten Kartoffeln, die sich vielleicht schon in einem Zustande befinden, der ohnehin ihre schleunige Aus- sortierung notwendig machen würde, der Behörde zu Verfügung stellen. Was dabei herauskommt, kann man sich vorstellen: Es wird ein großer Witzschmaß von allen möglichen Kartoffelarten, wenig gefunden, viel un- eifunden und noch mehr verfaulten, zu- sammenkommen, sodass wir kaum eine Möglichkeit sehen, aus dieser so zusammen- geschichteten Kartoffelmenge abermals eine neue gerechte Verteilung herbeizuföhren.

— Infolge des bestehenden Kohlenmangels

und der Transportchwierigkeiten können Nahrungsmittel noch bei weitem nicht in dem vorerwähnten Umfange hergestellt und heran- geschafft werden. Immerhin ist aber, solange die Herstellung und Verteilung nicht durch Eingriffe irgendwelcher territorialer oder lokaler Stellen in unvorhergesehener Weise unterbrochen wird, mit dem Eingang solcher Mengen zu rechnen, das sich im Besitze der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt vom 15. Februar an wieder die Ausgabe einer Nahrungsmittelkarte zu drei Abschnitten ermöglicht, freilich nur dann, wenn die Vorschriften der Bekanntmachungen vom 5. Januar und 9. und 11. Februar 1918 genau eingehalten werden. Nahrungsmittelkarten dürfen also nur an wirklich Nahrungsmittelbezugsberechtigte aus- gegeben werden. Fleischselfverföhrer, Frit- selfverföhrer, Hof- oder Getreidselfverföhrer dürfen Nahrungsmittelkarten also nicht erhalten. Fleischselfverföhrer erhalten nur Abschnitt III. Kinder von Fleischselfverföhrern und Fleischselfverföhrern im 1. bis 4. Lebens- jahre erhalten aber die volle Karte A. Be- sucher von Massenversammlungen haben Abschnitt I abzugeben.

Von den Gefahren der übertriebenen Lohnforderungen wurde im „Neue Rotter- dämsche Courant“ vom 12. Januar das folgende eindringliche Bild gegeben: „Was die mit rasender Geschwindigkeit zunehmenden Forderungen der Arbeiter bedeuten und zu welcher Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens sie führen können, lehrt uns neben Russland Deutschland. Während man gehofft hatte, dass das Ende des Krieges auch das Ende der andauernd höher werdenden Lebensunterhaltskosten bringen würde, tritt gerade das Entgegengesetzte ein. Durch die außerordentlichen Lohnhöhungen sind die Preise aller Rohstoffe dermaßen gestiegen, dass Rohstoffe jetzt drei- bis viermal so viel kosten als vor dem Kriege, während Fertig- waren sechs- bis siebenmal teurer geworden sind. Das Schlimmste hierbei ist, dass die Konkurrenz mit dem Auslande dadurch un- möglich geworden ist. Die Vereinigung der Industriellen in Sachsen teilte zum Beispiel dieser Tage mit, dass Maschinen in England um 100 Prozent billiger geliefert werden können, als in Deutschland. Die Fabrikation von Kunstblumen, die in Deutschland 24 bis 30 Mark das Duzend kosten, ist in Frank- reich um so viel billiger, dass sie dort um 9 Francs das Duzend verkauft werden können. Stoffe, die in Deutschland in der Fabrik 3 Mark das Meter kosten, werden im Auslande für die Hälfte und noch billiger angeboten. Das sind nur einige heraus- gegriffene Beispiele, die aber bereits zur Genüge erkennen lassen, dass unter diesen Umständen die Aussicht auf Ausfuhr für Deutschland, vorläufig wenigstens geschwunden ist, damit aber auch die Aussicht auf wirt- schaftliche Wiederherstellung, die in der Haupt- sache gerade durch die Wiederaufnahme der Ausfuhr zu erreichen wäre. Derart sind die Aussichten eines Landes, das noch vor einigen Jahren an der Spitze des Welt- handels stand. Und unter den heutigen Verhältnissen, die eine Einfuhr nur durch Warenausfuhr ermöglichen, weil nicht ge- nügend Gold zur Vergleichen der Schulden im Auslande vorhanden ist, wo Deutschlands Rettung also von der größtmöglichen Aus- spannung seiner Arbeitsleistung abhängt, wird die tägliche Arbeitszeit aufs äußerste verlängert, werden die anormalsten Lohn- forderungen gestellt und wird das Land von innen durch Bürgerkrieg zerfleischt. Wohl beginnt die rote deutsche Regierung diese wirtschaftliche Gefahr einzusehen und macht jetzt gegen weitere Arbeiterforderungen kräftige

Front, vermutlich aber zu spät, da die Zu- stände, denen sie in die Hände gearbeitet hat, ihr bereits über den Kopf gewachsen sind.“

Großdörflich. Puls. 12 Bürgerliche, 15 Sozialdemokraten.

Pulsnig. 942 bürgerliche Stimmen 9 Sige, 714 sozialdemokratische Stimmen 6 Sige.

Elstra. 6 Bürgerliche, 2 Sozialdemo- kraten.

Ramenz. 12 Bürgerliche, 9 Sozial- demokraten.

Löbau. 11 Bürgerliche, 7 Sozialdemo- kraten.

Neuaersdorf. 8 Bürgerliche mit 1845 Stimmen und 16 Sozialdemokraten mit 3852 Stimmen.

Seiffenhensdorf. 10 Bürgerliche, 11 Sozialdemokraten.

Bischowswerda. Bürger-Ausschuss 1, Freibeiterte 5, Deutschnationale 3, Demo- kraten 2, Sozialdemokraten 7 Sige, das sind 11 bürgerliche und 7 sozialdemokratische Sige

Gherobach. 16 Sozialdemokraten mit 2886 Stimmen 8 bürgerliche Sige mit 1510 Stimmen.

Ritten. Bei den Stadtverordneten- wahlen wurden 18 bürgerliche und 10 sozial- demokratische Vertreter gewählt. Unter den Gewählten befinden sich drei Frauen.

Rossen. Auf die bürgerliche Liste ent- fielen 1302, auf die sozialdemokratische 1303 Stimmen. Die bürgerlichen erhielten demnach 7, die Sozialdemokraten 8 Sige.

Freiberg. Bei der Stadtverordneten- wahl erhielten die beiden bürgerlichen Parteien 20, die Mehrheitssozialisten 14 und die Un- abhängigen Sozialisten 2 Sige.

Rittweida. Bei einer Beteiligung von 76 v. H. aller Wahlberechtigten wurde das Stadtverordneten-Kollegium (24 Mitglieder) neu gewählt. Es erhielten die Deutsch- nationale Volkspartei 2, die Deutsche Demo- kratische Partei 6 und die Mehrheitssozialisten 16 Sige.

Falkenstein. Bei der Stadtver- ordnetenwahl entfielen auf die Liste der Demokratischen Partei 5, der Sozialdemo- kratischen Partei 5, der Freibeiterten 1, der unabhängigen Sozialisten 7 Sige. Die sozialistischen Listen waren verbunden.

Bayern. Der Vorsitz der hiesigen Stadtverordneten-Kollegiums, Justizrat Herr- mann, erlässt folgende Erklärung: Die Nach- richt, ich sei zum Präsidenten des neuen wendischen Staates ausersehen, die glückliche Kunde durch die ganze deutsche Presse gemacht hat, hat mich vollständig überrascht. Mich hat bisher niemand, insbesondere auch nicht die Herren des wendischen National- ausschusses auch nur gefragt, ob ich eine solche Stellung anzunehmen bereit wäre, und ich weiß von der ganzen Sache nicht das mindeste. Meine Stellung zu der Bewegung geht dahin: Bei der Neuordnung der inneren deutschen Grenzen halte ich eine Zusammen- fassung der wendischen Gemeinden zu einem Verwaltungskörper (Amtshauptmannschaft, Landkreis oder wie man es nennen will) für richtig, aber innerhalb des Verbandes des Deutschen Reiches. Ebenso bin ich der Meinung, dass der wendischen Bevölkerung in Kirche und Schule weitergehende Rechte als bisher einzuräumen sind.

Plauen i. B. Die städtischen Körper- schaften beschließen, dass in diesem Jahre 185 v. H. des Normalsteuerjahres erhoben wird.

